

AfD-Parteitag mit Protesten konfrontiert

Die AfD will sich am Wochenende zum Landesparteitag in der »Musikantenscheune« in Kremmen versammeln. DGB und LINKE rufen auf zum Protest vor dem Veranstaltungsort.

Von Andreas Fritsche

Am Wochenende hält die AfD in der »Musikantenscheune« in Kremmen (Oberhavel) einen zweitägigen Parteitag ab. Auf der Tagesordnung stehen eine Rede des Landesvorsitzenden Alexander Gauland und ein Grußwort der Bundesvorsitzenden Frauke Petry. Die AfD-Chefin ist bereits an diesem Freitag in Brandenburg, denn sie tritt um 19 Uhr im Restaurant »Casa Toro Negro« in der Berliner Straße 1 in Nauen auf.

Bei dem Parteitag am Sonnabend und Sonntag am Scheunweg 48 in Kremmen will die AfD eine Satzung, eine Wahlordnung und eine Finanzordnung beraten und beschließen, außerdem einen zweiten Vizelandesvorsitzenden und einen stellvertretenden Schatzmeister nachwählen.

Die Linksjugend solid und andere haben vergeblich versucht, den Betreiber der »Musikantenscheune« mit Protestbriefen zu beeinflussen und davon abzubringen, an die AfD zu vermieten. Jetzt ist geplant, am Sonnabend von 9 bis 11 Uhr vor der »Musikantenscheune« zu demonstrieren. Dort sollen den »Damen und Herren der AfD« gezeigt werden, »dass sie in Kremmen nicht willkommen sind«, heißt es in einem Aufruf, den der stellvertretende DGB-Kreisvorsitzende Roland Tröger und dazu Günter Pahs für die LINKE unterschrieben haben. Den anreisenden AfDlern soll demnach »die Rote Karte für Rassist« gezeigt werden. »Beteiligt Euch am friedlichen Protest gegen die AfD und deren reaktionäre Ansichten«, steht in dem Aufruf. »Überlassen wir der AfD das Scheunenviertel nicht ohne Protest!«

Denn das Scheunenviertel von Kremmen gilt als eine bunte, multikulturelle Gegend, wie LINKE-Kreisgeschäftsführer Ralf Wunderlich bestätigt, der auch zu der Kundgebung kommen möchte.

Präsidentin des Landtags bekam Tasche

Potsdam. Landtagspräsidentin Britta Stark (SPD) hat eine neue Aktentasche. Mitarbeiterinnen der Kyritzer Stephanus-Behindertenwerkstätten überreichten ihr am Mittwoch eine handgefertigte »RuppiBag«, die nach dem Produktionsort im Ruppiner Land benannt ist. »Für die nächsten Akten werde ich die Tasche nehmen und an Sie denken«, versicherte Stark bei der Übergabe des Geschenks im Landtag.

In der Kyritzer Näherei der Stephanus-Stiftung fertigen 30 Männer und Frauen aus alten Lkw-Planen und Werbebannern diverse Taschenmodelle. Die Umhängetasche für die Landtagspräsidentin stammt von einem Banner, das für das große Bürgerfest zu 25 Jahren Land Brandenburg im vergangenen Jahr geworben hatte. Die Pläne reichte nach Angaben von Betriebsstättenleiter Bodo Schröter für zehn Taschen. Seit dem ersten Modell aus dem Jahr 2008 stellte das Taschen-Team rund 3000 Exemplare her. Die Produkte vertreibt die Stephanus-Stiftung auf Messen, im werkseigenen Shop und im Internet.

Die christliche Stephanus-Stiftung unterhält an über 100 Standorten in Berlin und Brandenburg Einrichtungen für Pflegebedürftige und geistig oder psychisch Behinderte. Allein im Landkreis Ostprignitz-Ruppin gibt es vier Standorte. Dort arbeiten fast 600 Menschen. epd/nd

Bunt und frech gegen Rechts

Landesjugendring startet Sommertour »Schöner leben ohne Nazis«

Unter dem Motto »Schöner leben ohne Nazis« veranstaltet der Landesjugendring erneut eine Sommertour, um Kinder und Jugendliche über die Gefahren des Rechts-Extremismus aufzuklären.

Von Wilfried Neiß

Auf dem Potsdamer Bassinplatz sprüht am Donnerstag Mark Straek das Kampagnenmotto auf eine Freifläche für Sprayer. Nach diesem Muster wollen die Initiatoren in den acht Gemeinden, in denen die Sommertour Halt macht, gemeinsam mit Jugendlichen aus dem Ort bunte Zeichen setzen. Das können Farben sein, aber auch Holz und Stein könnten zum Einsatz kommen, sagte Melanie Ebell vom Landesjugendring. Mit künstlerischen Aktionen, Installationen und Gestaltungen sollen »sichtbare Spuren« hinterlassen werden.

»Unser Ziel ist es, Jugendliche und junge Erwachsene vor Ort zu unterstützen und sie dafür zu begeistern, sich gegen die Zunahme rechtspopulistischer Sprüche und rechtsextremer Hetze aufzulehnen«, sagte Anna Spangenberg vom Aktionsbündnis Brandenburg. Jugendliche ab 16 Jahren können im Land Brandenburg an den Kommunalwahlen aber auch an der Landtagswahl teilnehmen. Sie sollen dazu gebracht werden, »nicht ihr Kreuzchen bei der NPD zu machen«, so Spangenberg.

Tourstart ist am 15. Juli in Frankfurt (Oder) an der Sporthalle in der Bach-Straße. Die Initiatoren wollen den dortigen »Brückenplatz/Pac Mostowj« als neuen Ort der Begegnung beleben. Es folgen Fürstenwalde, Strausberg, Lübbenau, Wittenberge Finsterwalde und am Ende Nauen.

Man habe Orte gewählt, in denen es Übergriffe und Brandanschläge gegen Asylbewerberheime gegeben habe, hieß es. Um sinnfölig zu machen, dass der Gedanke der Toleranz von der Privatheit in die Öffentlichkeit gelangen müsse, werde man stets



Auf den Punkt: Mark Straek sprüht das Motto »Schöner leben ohne Nazis« auf eine Sprayerfläche in Potsdam. Foto: Matthias Krauß

ein »altmodisches Wohnzimmer« mit Couch und Stehlampen aufbauen, in das man die örtliche Jugend einlade.

Die Kampagne wird durch die Potsdamer F.C.Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz gefördert. Deren Vertreterin, Susanne Krause-Hinrichs, sagte, die diesjährige Tour eigne sich besonders gut für Jugendliche, die ihr eigenes Umfeld »bespielen« wollten. »Das wirkt präventiv gegen Fremdenfeindlichkeit.« Wie in den Vorjahren steuert die Stiftung 40 000 Euro bei. 2015 hatte die Sommertour fünf Filme gegen Ausländerfeindlichkeit im Gepäck, die sie an den Stationen vorführte. 150 Liegestühle mit Anti-Nazi-Motiven habe man anschließend versteigert. Tatsächlich

haben junge Leute bei der jüngsten Landtagswahl keineswegs »radikaler« gestimmt als ältere Einwohnergruppen, sagte Ebell.

Dass Rechtsextremismus in Brandenburg keine fiktive Größe sondern eine reale Gefahr darstellt, zeigt die Statistik. Eine Neubewertung der Motivlage unklarer Tötungsdelikte im Land ergab 2013, dass allein zwischen 1990 und 2001 in Brandenburg insgesamt 18 Menschen rechts-extremistischer oder rassistischer Gewalt zum Opfer gefallen sind.

Der Schwerpunkt rechtsextremistischer Aktionen hat sich 2015 nach Angaben des Innenministeriums von Süd- nach Nordwestbrandenburg verlagert. Dennoch bleibe der politische Einfluss der Rechtsextremen be-

grenzt. Bei Kommunalwahlen 2014 gewann die NPD 49 kommunale Mandate; zwei weniger als 2008 zusammen mit der DVU. Allerdings haben rechte Organisationen eine aktive Subkultur installieren können, Brandenburgs Verfassungsschutz beobachtet allein 23 rechtsextreme Bands, denen allerdings 2014 nur ein einziges Konzert geglückt sei.

Mark Straek hat sein Werk beendet. »Schöner Leben ohne Nazis« prangt in einer schwungvollen Schrift auf der kleinen Wand. Das werde dort so lange zu sehen sein, bis halt die Nächsten sich verewigen, hieß es von den Vertretern des Rings. Diese Fläche sei für Sprayer freigegeben. »Wir hoffen aber, dass sie es erst einmal ein paar Tage so stehen lassen.«

Volksbegehren gegen Windräder gescheitert

Nur 45 270 gültige Unterschriften zusammengekommen. Mindestens 80 000 wären notwendig gewesen

Ein Volksbegehren wollte Windräder in Wäldern verbieten und anderswo nur erlauben, wenn der Abstand zu Wohnhäusern das Zehnfache der Höhe des Windrads beträgt. Daraus wurde nichts.

Von Andreas Fritsche

Das Volksbegehren für höhere Mindestabstände von Windrädern zu Wohnhäusern und gegen Windräder in Wäldern ist überraschend klar gescheitert. Nur 45 270 gültige Unterschriften sind innerhalb von sechs Monaten zusammengekommen, wie Landeswahlleiter Bruno Küpper am Mittwochabend mitteilte, nachdem die Eintragungsfrist am späten Nachmittag endete und die Unterschriften gezählt waren.

Es sei immerhin eine Diskussion in Gang gesetzt worden, reagierte die Volksinitiative »Rettet Brandenburg«, hinter der zahlreiche lokale Bürgerinitiativen stehen. Für einen Erfolg hätten mindestens 80 000 der 2,09 Millionen wahlberechtigten Brandenburgern unterschreiben müs-

sen. Wenn der Landtag dann erneut das Anliegen des Volksbegehrens abgelehnt hätte, wäre der Weg für einen Volksentscheid frei gewesen.

Gefordert war, das Windkraftanlagen künftig generell nicht in Wäldern gebaut werden dürfen und ansonsten nur an Stellen, an denen sich in einem bestimmten Umkreis kein einziges Wohnhaus befindet. Definiert werden sollte der Abstand mit dem Zehnfachen der Höhe des Windrades (10-H-Regel), gemessen bis zur Spitze eines Rotorblattes, wenn es senkrecht nach oben zeigt. In der Praxis hätte dies bei modernen Windrädern bedeutet, dass Abstände von 2,5 bis drei Kilometern einzuhalten gewesen wären. Dies lehnte die rot-rote Koalition mit der Begründung ab, dass dann überhaupt keine Windkraftanlagen mehr gebaut werden dürften, weil irgendein Gehöft selbst in dünn besiedelten Gegenden in einer solchen Entfernung immer stehe. Die Grünen sahen das genauso.

»Zwar kritisieren die Initiativen zu Recht, dass viele Windkraftanlagen in Brandenburg zu nah an Wohnhäusern und in wertvollen Waldflächen aufgestellt wurden«, kommentierte Grünen-Landeschef Clemens Rostock den Ausgang des Volksbegehrens. »Die Forderung nach einer 10-H-Regelung schießt dabei allerdings weit über das Ziel hinaus.« In Bayern habe die dortige 10-H-Regelung den Ausbau der Windkraft »nahezu komplett zum Erliegen gebracht«, sagte Rostock.

Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, dass der CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 mindestens 40 Prozent niedriger liegen soll als 1990. Zudem vereinbarte der Weltklimagipfel 2015 in Paris, dass der globale Temperaturanstieg auf höchstens 1,5 Grad Celsius begrenzt werden soll. Um die Klimaziele zu erreichen, sei »ein behutsamer Ausbau der Windkraft« notwendig, sagte Rostock. Die Grünen begrüßen, dass inzwischen überall in Brandenburg mit einem Mindestabstand von 1000 Metern geplant werde. Realität waren vorher zum Teil 500 Meter und weniger.

Der Landtagsabgeordnete Ralf Holzschuher (SPD) urteilte, das ma-

gere Ergebnis des Volksbegehrens zeige, »dass die Akzeptanz für erneuerbare Energien und für die Energiewende in Brandenburg grundsätzlich hoch ist.«

Dagegen wertete der Landtagsabgeordnete Dierk Homeyer (CDU) die mehr als 47 000 Unterschriften als Zeichen dafür, dass die Zustimmung für die Windkraft immer mehr schwinde. Den Bürgern sei bewusst, dass die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben sei. Zwar halte eine Mehrheit der Deutschen die erneuerbaren Energien für wichtig. Aber die Bürger seien nicht bereit, stillstehende Windräder und nie erzeugten Strom zu bezahlen. »Mit einer sturen Verfolgung der Klimaziele um jeden Preis gewinnt man keinen Rückhalt in der Bevölkerung«, sagte Homeyer.

Die Beteiligung am Volksbegehren schwankte zwischen 0,8 Prozent in der Stadt Cottbus und 4,6 Prozent im Landkreis Potsdam-Mittelmark. In der mit Windrädern reichlich versehenen Uckermark lag die Beteiligung bei 2,5 Prozent.

Der Landtagsabgeordnete Ralf Holzschuher (SPD) urteilte, das ma-



Mehr und mehr haben Windräder und Windparks in den vergangenen Jahren ganze Landschaften verändert.

Illustration: fotolia/J1Sign

NACHRICHTEN

Schwere Verstöße gegen Naturschutz angezeigt

Potsdam. Fast 140 Verstöße gegen den Naturschutz hat die Brandenburger Naturwacht 2015 zur Anzeige gebracht. So seien unter anderem geschützte Orchideen verloren gegangen, nachdem im Biosphärenreservat Spreewald unerlaubt eine Pferdekoppel angelegt worden war, sagte Manfred Lütkepohl, Leiter der Naturwacht Brandenburg, am Donnerstag in Potsdam. Im Naturpark Schlaubetal seien auf großen Flächen ebenfalls gefährdete Weiß- und Torfmoose ausgegraben worden, um sie für Blumengestecke zu verwenden. Insgesamt seien landesweit 1000 Verstöße registriert worden, was dem Schnitt der vergangenen Jahre entspreche. 1999 waren es noch 8000. In der Naturwacht arbeiten 90 Ranger in den Schutzgebieten. dpa/nd

Landrat von Oder-Spree hört vorzeitig auf

Beeskow. Der Landrat des Landkreises Oder-Spree, Manfred Zalenga (parteilos), wird seine 2010 begonnene Amtszeit vorzeitig beenden. Der 66-Jährige habe am Mittwochabend vor den Kreistagsabgeordneten in Beeskow mitgeteilt, dass er am 8. Februar 2017 seine Funktion aufgeben werde, teilte der Landkreis am Donnerstag mit. Damit würde Zalenga ein Jahr früher als vorgesehen aufhören. Es ist seine zweite Amtszeit seit 2002. Zalenga begründete seine Entscheidung damit, dass sich Oder-Spree mit einer neuen Verwaltungsspitze für die Aufgaben wappnen sollte, die mit der zu erwartenden Kreisgebietsreform anstünden. dpa/nd

Woidke besuchte Gedenkstätte Auschwitz

Potsdam. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat am Mittwoch in der Gedenkstätte des früheren Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau der Millionen Opfer des Holocaust gedacht. An der Todeswand, an der die Nazis Tausende ermordet wurde, legte er einen Kranz nieder, teilte die Staatskanzlei in Potsdam am Mittwoch mit. Am einstigen Krematorium trug sich Woidke, der auch Polen-Beauftragter der Bundesregierung ist, in das Gedenkbuch ein. Das Erinnerung an den Holocaust und die Auseinandersetzung damit blieben Kernanliegen deutscher Politik und ein wichtiges Element in den Beziehungen zu Polen, erklärte der Ministerpräsident. Deutschland werde seiner historischen Verpflichtung nur gerecht, wenn die Lehren aus der Vergangenheit an die nachfolgenden Generationen weiter gegeben würden. Das heiße, »nie wieder Krieg, nie wieder Rassenwahn und Ausgrenzung.« epd/nd

Mönche möchten Kloster in Neuzelle neu gründen

Frankfurt (Oder). Nach fast 200 Jahren könnte monchisches Leben in das ehemalige Zisterzienserkloster Neuzelle (Oder-Spree) zurückkehren. Nach Plänen des Görlitzer Bischofs Wolfgang Ipolt sollen dort wieder Mönche einziehen, berichtete die »Märkische Oderzeitung« am Donnerstag. Aus der österreichischen Abtei Stift Heiligenkreuz seien bereits vier Mönche angereist, die zwei Wochen lang eine mögliche Neugründung prüften. Kontakte zwischen der Kirche und Brandenburgs Kulturministerin Martina Münch (SPD) über die mögliche Ansiedlung eines Konvents seien positiv verlaufen. Eine Entscheidung soll im November fallen, hieß es weiter. Nach der Auflösung des Klosters 1817 wurde die Stiftskirche St. Marien als katholische Pfarrkirche genutzt. Seit 1946 ist sie Wallfahrtskirche für das Bistum Görlitz. Die ebenfalls auf dem Gelände befindliche Pfarrkirche zum Heiligen Kreuz ist seit 1817 evangelisch. Das Land Brandenburg hat 1996 die öffentlich-rechtliche Stiftung Neuzelle gegründet. epd/nd